

Daniel Göler

# Vom Krisenmanager zum Gestalter? Deutschlands Europapolitik unter der Ampelkoalition

**Der Amtsantritt der Ampelkoalition im Dezember 2021 führt europapolitisch zu neuen Akzenten. Die Bundesregierung setzt sich dezidiert für eine supranationale Weiterentwicklung der EU ein und distanziert sich damit von der Tendenz der Merkel-Ära, intergouvernementalen Lösungen den Vorzug zu geben. Darüber hinaus hat sie den Anspruch, sich aktiver in die Debatten über die künftige Entwicklung der EU einzubringen – sowohl in Bezug auf die Vertiefung der Institutionen und Politikfelder als auch die geografische Erweiterung.**

Während der Merkel-Ära (2005–2021) hatte Deutschland in der EU den Ruf eines guten Krisenmanagers. In Bezug auf umfassendere Reformen wurde es jedoch in den letzten Jahren eher als Zauderer wahrgenommen. Dementsprechend sind die Erwartungen an die neue Bundesregierung groß, den konzeptionellen Debatten zur Zukunft der EU neuen Antrieb zu verleihen. Tatsächlich zeigt sich unter den Partnern der neuen Koalition aus Sozialdemokraten (SPD), Bündnis 90/Die Grünen und Freien Demokraten (FDP) der Wille zu substanziellen Reformen der EU. Dies betrifft alle drei großen Entwicklungslinien europäischer Integration: die institutionelle Vertiefung, den Ausbau der Integration in verschiedenen Politikfeldern und die geografische Erweiterung.

## **Mehr Integration wagen: für eine supranationale Weiterentwicklung der EU**

Für die institutionelle Vertiefung ist das Ziel einer supranationalen Weiterentwicklung prägend. So sollen laut Koalitionsvertrag die Gemeinschaftsmethode

gestärkt und die Rechte des Europäischen Parlaments ausgebaut werden. Zudem wird »ein einheitliches europäisches Wahlrecht mit teils transnationalen Listen und einem verbindlichen Spitzenkandidatensystem« gefordert. Auch sollen im Rat Mehrheitsentscheidungen der Regelfall werden, nicht zuletzt in der Außen- und Sicherheitspolitik.

Diese Vorstellungen liegen einerseits auf einer Linie mit der traditionellen deutschen Europapolitik, die sich immer für eine supranationale Weiterentwicklung eingesetzt hat. Andererseits heben sie sich deutlich von den Tendenzen zur Intergouvernementalisierung der Merkel-Regierungen ab, die sich etwa in der Propagierung zwischenstaatlicher Verfahren unter dem Label der »Unionsmethode« zeigten. Zur supranationalen Ausrichtung der Ampelkoalition trägt auch bei, dass die beiden kleineren Regierungspartner zusammen stärker sind als die SPD, was einem auf den Europäischen Rat und damit auch den Kanzler fokussierten intergouvernementalen Verständnis von Europapolitik entgegenwirkt.

Zur Frage, wie und mit welcher Reichweite die eigenen Ziele umgesetzt werden sollen, sendet die neue Bundesregierung unterschiedliche Signale. So fordert der Koalitionsvertrag eine grundlegende Überarbeitung der europäischen Verträge durch einen verfassunggebenden Konvent und nennt sogar die »Weiterentwicklung zu einem föderalen europäischen Bundesstaat« als Ziel. Außenministerin Baerbock plädierte hingegen nach Abschluss der Konferenz zur Zukunft Europas im Mai 2022 für kleinere Reformen im Rahmen des vereinfachten Vertragsänderungsverfahrens.

## Endlich zusammen für Europa? Frankreich und Deutschland nach den Wahlen

N° 1, 21. September 2022

### Politikfeldbezogener Ausbau und EU-Erweiterung

Deutliche Unterschiede unter den Koalitionspartnern zeigen sich in einzelnen Politikfeldern, insbesondere in der europäischen Sozial-, Umwelt-, Wirtschafts- und Fiskalpolitik. Dies hängt auch mit unterschiedlichen integrationspolitischen Leitbildern zusammen. Während bei der SPD ein soziales Europa im Zentrum steht, ist es bei Bündnis 90/Die Grünen ein ökologisches Europa und bei der FDP ein (markt)liberales Europa. Diese Unterschiede erschweren einerseits eine geschlossene Regierungsposition, andererseits wird die deutsche Europapolitik hierdurch innerhalb der EU anschlussfähiger, da sie sich nicht auf ein bestimmtes Leitbild verengt. Unstrittig ist in der Koalition aber, dass grundsätzlich weitere Kompetenzen auf die EU übertragen bzw. der Integrationsgrad in verschiedenen Politikfeldern ausgebaut werden soll. Als übergeordnetes Leitmotiv kann dabei die mehrfach im Koalitionsvertrag genannte strategische Souveränität der EU angesehen werden; das heißt einer EU, die in zentralen Bereichen ihre Interessen eigenständig verteidigen kann.

Auch in der dritten großen Entwicklungslinie der europäischen Einigung, der Erweiterung, positionieren sich die Partner im Koalitionsvertrag klar für ein Mehr an Integration und bekennen sich zur Erweiterung um die sechs Staaten des Westlichen Balkans. Verglichen mit der eher zurückhaltenden Formulierung des vorangeegangenen Koalitionsvertrags von CDU/CSU und SPD – »Gründlichkeit vor Schnelligkeit: Klare Erwartung der Kriterieneinhaltung vor EU-Beitritt der Westbalkanstaaten« – zeichnet sich hier ein erweiterungsfreundlicherer Kurs ab. Der verstärkte geopolitische Blick auf den Erweiterungsprozess in Folge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und das Eintreten der Bundesregierung für die Verleihung des Kandidatenstatus an die Ukraine und die Republik Moldau haben diese Tendenz verstärkt.

### Ein breiter europapolitischer Konsens

In der öffentlichen Debatte wurden Vorschläge für einzelne Politikfelder beziehungsweise die Inkohärenzen zwischen diesen durchaus kritisch diskutiert. Die großen Linien der Europakonzeption der Ampelregierung fanden aber – abgesehen von den politischen Rändern – weitgehend positive Resonanz. Lediglich in Bezug auf das Ziel eines föderalen europäischen Bundesstaats gab es kritische Diskussionen und Zweifel, ob dies wirklich eine konkrete Zielperspektive darstellen soll, zumal der Bundesstaatsbegriff seit Mitte/Ende der 1990er Jahre in der deutschen europapolitischen Debatte kaum noch eine Rolle gespielt hat.

Grundsätzlich stoßen die Zielvorstellung der institutionellen Vertiefung und der Ausbau der Integration in einzelnen Politikfeldern nach den Erfahrungen der Krisen der letzten Jahre jedoch auf ein innenpolitisches Umfeld, in dem ein »Mehr an Europa« eher befürwortet wird. Durch den russischen Überfall auf die Ukraine hat zudem die Zustimmung zum Ausbau der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik mit dem Ziel einer strategisch souveränen EU sowie zur Wiederbelebung der EU-Erweiterungspolitik deutlich zugenommen.

Zwar gibt es in der Bundesrepublik – anders als in den ersten Jahrzehnten des Integrationsprozesses – heute mit der Alternative für Deutschland (AfD) eine rechtspopulistische und EU-kritische Partei; hinzu kommt, dass auch die Linkspartei in ihrer Europapolitik stark populistische und EU-skeptische Züge hat. Allerdings haben beide Parteien zuletzt sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene an Gewicht verloren. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) als größte Oppositionspartei definiert sich traditionell selbst – trotz durchaus unterschiedlicher europapolitischer Auffassungen innerhalb ihrer Wählerschaft – als »Europapartei«, so dass von ihr zwar Widerstände

## Endlich zusammen für Europa? Frankreich und Deutschland nach den Wahlen

N° 1, 21. September 2022

bei Einzelprojekten zu erwarten sind, aber keine Fundamentalopposition. Dies gilt auch für die Christlich Soziale Union (CSU), die nach dem Scheitern eines partiell EU-kritischen Wahlkampfes bei den Europawahlen 2014 wieder eine integrationsbejahendere Position eingenommen hat. Dieser breite europapolitische Konsens unterscheidet sich von der Situation in den meisten anderen Mitgliedstaaten und dürfte der Ampelkoalition die Verfolgung ihrer integrationspolitischen Ziele erleichtern.

### Ein klares Signal für eine Reformagenda

Die neue Bundesregierung bekennt sich klar zu EU-Reformen. Inhaltlich sind diese von einer supra-national-föderalistischen Zielperspektive sowie einer Wiederbelebung des Erweiterungsprozesses geprägt. Das übergeordnete Ziel einer strategisch souveränen EU knüpft dabei an Initiativen von französischer Seite an und könnte Ausgangspunkt für gemeinsame Reformprojekte sein. Am erfolgversprechendsten ist hier die Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat, da der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine die Notwendigkeit vereinfachter Entscheidungsverfahren unterstreicht. Aber auch in verschiedenen Politikfeldern, wie der Energie- und Sicherheitspolitik, wirkt die aggressive russische Politik integrationsfördernd. Gleiches gilt für die Erweiterungspolitik, wo man eine neue Dynamik beobachten kann.

Die Grundfrage für die Bundesregierung wird sein, ob sie ihre Reformagenda im Sinne einer inkrementellen Weiterentwicklung der EU verfolgt, was auch kurzfristige (Teil)erfolge ermöglichen, die Reichweite der Reformen jedoch beschränken würde, oder ob sie den Weg eines umfassenden Konvents- und Verfassungsprozesses wählt, wie ihn der Koalitionsvertrag fordert. Der akute Handlungsdruck, aber auch die veränderte innenpolitische Lage in Frankreich nach den

Parlamentswahlen, die Präsident Macron die Umsetzung seiner ambitionierten Reformagenda erschweren, machen die erste Option wahrscheinlicher. Auch bei diesem Weg wird es allerdings Widerstände zu überwinden geben. Deshalb ist es wichtig, dass die neue Bundesregierung sich als klar reformorientierte Kraft positioniert und damit sowohl innen- wie europapolitisch ihre Bereitschaft signalisiert, politisches Kapital in diesen Reformprozess zu investieren.

## Endlich zusammen für Europa? Frankreich und Deutschland nach den Wahlen

N° 1, 21. September 2022

### Autor

Daniel Göler ist Inhaber des Jean-Monnet-Lehrstuhls für Europäische Politik an der Geistes- und Kulturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Passau.

### Die Publikationsreihe

Mit dem Amtsantritt der Ampelkoalition im Dezember 2021 und den französischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im April bzw. Juni 2022 wurden die Weichen für die deutsch-französische Europapolitik neu gestellt. Die Reihe »Endlich zusammen für Europa? Frankreich und Deutschland nach den Wahlen« geht der Frage nach, inwieweit beide Länder – über das effektive Krisenmanagement der letzten Jahre hinaus – eine gemeinsame Vorstellung von der künftigen Ausgestaltung der Europäischen Union entwickeln und umsetzen können werden. Ein besonderes Augenmerk liegt darauf, wie der Gestaltungsanspruch des neuen deutsch-französischen Tandems in Warschau und Brüssel wahrgenommen wird.

Diese Publikationsreihe gibt ausschließlich die Meinung der Autor\*innen wieder. Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Stiftung Genshagen sind auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

### Herausgeber

Stiftung Genshagen  
Am Schloss 1  
14974 Genshagen  
www.stiftung-genshagen.de  
institut@stiftung-genshagen.de

© Stiftung Genshagen, 2022

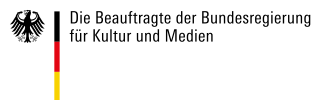
### Stiftung Genshagen

Die Stiftung Genshagen ist eine gemeinnützige Stiftung bürgerlichen Rechts. Stifter sind die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien und das Land Brandenburg. Die Stiftung ist eine Plattform des Austauschs zwischen Akteur\*innen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Zivilgesellschaft. Sie fördert den Dialog zwischen Deutschland, Frankreich und Polen im Sinne des »Weimarer Dreiecks«. Wichtigster Drittmittelgeber ist das Auswärtige Amt.

Möchten Sie die Arbeit der Stiftung Genshagen unterstützen? Dann werden Sie Mitglied des Fördervereins Stiftung Genshagen e. V. oder spenden Sie für eines unserer Projekte.

Kontakt: foerderverein@stiftung-genshagen.de

Unsere Stifter:



Die vorliegende Publikationsreihe erscheint mit freundlicher Unterstützung von:

